

Protokollauszug

aus der

22. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion - Videokonferenz vom 14.12.2021

öffentlich

Top 6.6 Sachstand Sozialzentrum

Frau Kitzmann weist eingangs darauf hin, dass die Stadtverordnetenversammlung die Verwaltung mit Beschluss 20/SVV/0259 vom 06.11.2020 beauftragt hat zu prüfen, ob und in welcher Form diverse soziale Hilfsangebote in einem Sozialzentrum als zentraler, niedrigschwelliger Anlaufstelle gebündelt werden können.

Zur Bearbeitung der im Beschluss geforderten Konzeptentwicklung ist eine Projektgruppe bestehend aus Mitarbeitenden der Fachbereiche Öffentlicher Gesundheitsdienst (FB 33), Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration (FB 39), Fachbereich Bildung, Jugend und Sport (FB 23) und dem Fachbereich Soziales und Inklusion (FB 38) eingesetzt worden. Weiter sind in dieser Arbeitsgruppe Vertreter der antragsstellenden Parteien (SPD, Die LINKE), der Potsdamer Tafel und der regionalen Liga der Wohlfahrtsverbände vertreten.

Die Projektgruppe tagte bisher in fünf Sitzungen. In diesen Sitzungen wurde zunächst ein gemeinsames Verständnis des aus dem genannten Beschluss resultierenden Auftrages erarbeitet und ein auf dieser Grundlage basierendes Vorgehen festgelegt. Dieses Vorgehen bestand zunächst darin, stichprobenhaft 10 relevante, soziale Angebote von 7 Trägern zu bitten, ihre Erfahrungen aus der täglichen Arbeit bezüglich fehlender Hilfsangebote bzw. Bedarfen, die verstärkt nachgefragt, aber vom befragten Angebot nicht gedeckt werden können, zu benennen.

Darauf folgte die Bewertung in der AG, ob die genannten Bedarfe adäquat durch gebündelte Angebote in einem Sozialzentrum gedeckt werden können. Im Ergebnis wurde festgestellt, dass die Einrichtung eines „Sozialzentrums“ nicht die adäquate Antwort zur Deckung der erfassten Bedarfe ist. Ein Großteil der offenen Bedarfe lässt sich nicht oder nicht optimaler durch ein Sozialzentrum decken. Stattdessen wird die Auffassung favorisiert, die (Beratungs-) Dienstleistung aktiv mittels diversifizierter Angebote an vielen Orten, unter Berücksichtigung der bestehenden Angebote zu den Menschen zu bringen. Dies entspricht auch dem derzeit vorherrschenden Paradigma der Dezentralisierung, wonach die Dienstleistungen zu den Menschen kommen sollten, nicht die Menschen zur Dienstleistung. In Pandemiezeiten erscheint ein zentrales Sozialzentrum eher wie ein anachronistisches, aus der Zeit gefallenes Konzept.

Im August erfolgte Einbeziehung der Regionalen Liga, diese folgte dem Analyseergebnis ohne Einwände.

Die Analyse hat zahlreiche offene Bedarfe identifiziert, die - so die Bewertung - nicht mit einem Sozialzentrum gedeckt werden können. Die Projektgruppe hat letzte Woche beschlossen, dass die erhobenen offenen Bedarfe allerdings nicht ohne weiteren Kommentar den Stadtverordneten zur Kenntnis gegeben werden sollen, sondern diese Bedarfe von Seiten der zuständigen Fachämter noch einmal geprüft werden sollen unter den Gesichtspunkten:

- (1) ob dieser Bedarf auch nach deren Wahrnehmung tatsächlich besteht.
- (2) Wenn nein: Welche bestehenden Angebote gibt es hier?
- (3) Und ja: Was wären mögliche Lösungsansätze?

Die zurückgespiegelten Ergebnisse sollen im Analyse-Papier ergänzt und im ersten Quartal nächsten Jahres als Mitteilungsvorlage in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht werden.

Die Projektgruppe und ihre Mitglieder bekommen im Vorfeld (vermutlich im Zeitraum der Kalenderwochen 1 und 2 im Jahr 2022) den letzten Stand des Analyse-Papiers inkl. der Ergänzungen zur Kenntnis mit der Möglichkeit Hinweise zu geben.

Darüber hinaus wurden die Träger der Tafel und Suppenküche angefragt, inwiefern eine Kooperation zwischen den beiden Trägern (bspw. die Möglichkeit über eine neue Ausgabestelle logistische und räumliche Kapazitäten zu schaffen) nach wie vor angedacht wird und wie der Sachstand ist:

Laut Geschäftsführerin der Tafel Potsdam, Frau Eisenblätter, hat die Tafel nach wie vor die Absicht bzw. das Interesse mit dem Träger der Suppenküche einen gemeinsamen Standort aufzubauen. Anfragen beim KIS, der ProPotsdam und den Stadtwerken bezüglich eines möglichen Standorts wurden gestellt. Bisher wurde allerdings noch kein geeigneter Standort gefunden. Sollte durch Verwaltung und Politik eine Unterstützung in diesem Prozess möglich sein, würde sich Frau Eisenblätter sehr darüber freuen. Ebenso besteht auch das Angebot von Frau Eisenblätter zu diesem Thema in den GSWI-Ausschuss zu kommen.

Frau Schulze bittet darum, dass Analysepapier und die Stellungnahme der Regional-Liga als Anlage zur Niederschrift ausgereicht wird.